Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 52 (1960)

Heft: 4

Rubrik: Zeitschriften-Spiegel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeiter mit guten Löhnen und hohem Lebensstandard im Bergbau zu haben als eine Million, die in Armut und Erniedrigung leben müßten.» Diese Zahl ist, ohne daß er dagegen ankämpfte, inzwischen weiter gesunken. Kein Arbeitgeber ficht mehr gegen die Vorteile an, die die Bergarbeiter errungen haben. Ein führender Arbeitgeber im Bergbau stellt ihm das Zeugnis aus, daß seine Führerschaft die jedes großen Führers in der Geschichte der Arbeiterbewegung übertroffen hat. Sein Nachfolger *Kennedy*, Vorstandsmitglied des IBFG, bezweifelt, ob irgend jemand seinen Platz ausfüllen kann. Den amerikanischen Bergarbeitern aber kann man mit den Worten seines geliebten Shakespeare zurufen: «Ihr werdet nicht mehr Seinesgleichen sehen.»

Dr. Robert Adam

Zeitschriften-Spiegel

Chancen eines liberalen Kommunismus?

«Der Monat» (Heft 137) veröffentlicht eine ungewöhnlich interessante Arbeit des amerikanischen Historikers und Pulitzer Preisträgers *Arthur Schlesinger jr.* unter dem Titel «Chancen eines liberalen Kommunismus». Der Verfasser äußert in diesem Aufsatz «Gedanken nach einer Reise durch Osteuropa», die ihn durch die Sowjetunion, durch Polen und Jugoslawien führte. Mit dem scharfen Blick des guten Beobachters und dem ordnenden Verstand des Historikers gelangt er zu Feststellungen, von denen wir hier nur einige wenige zitieren können — in der Hoffnung, unsere Leser dadurch zur Lektüre der ganzen Arbeit anzuregen:

«Der Kommunismus ist kein Monolith, er schillert in allen Farben. An dem einen Ende der Skala liegt China — von einem messianischen Bewußtsein getragen, bar jeden Komforts, mit einem leidenschaftlichen und zutiefst fanatischen Hang zur Ideologie. Am andern Ende der Skala liegen Polen und Jugoslawien — Länder, in denen spezifische Ausprägungen des Kommunismus die im letzten Jahrzehnt im westlichen Denken vorherrschenden Klischees zu verwirren und aufzulösen im Begriff sind. Zwischen diesen beiden Polen liegt die Sowjetunion, die mächtigste kommunistische Nation, eine einmalige Mischung von übertriebenem Selbstvertrauen und übertriebener Unsicherheit, von außergewöhnlicher Leistungsfähigkeit und ermüdender Schlamperei, von zukunftsträchtigen Neuerungen und starrer Ideologie. Das Schwergewicht der Macht liegt natürlich auf der chinesisch-russischen Seite des Spektrums. Aus sich heraus können Polen und Jugoslawien nur wenig am internationalen Gleichgewicht der Kräfte ändern. Sollten jedoch die Erfahrungen Polens und Jugoslawiens eine mögliche Entwicksungstendenz des Kommunismus andeuten, so würde das Geschehen in diesen beiden kleineren Ländern doch von unabsehbarer Bedeutung sein. So ist die Feststellung nicht übertrieben, daß die Zukunft der Welt davon abhängt, ob die Sowjetunion weiterhin unter dem festen Griff der Ideologie bleibt oder ob sie sich allmählich zu einer nachgiebigeren, einer mehr pragmatischen Form des Kommunismus hin entwickelt.

Heute kann nur eine einzige unbestreitbare Verallgemeinerung über die Sowjetunion ausgesprochen werden: daß sie sich in einem Zustand der unaufhörlichen Umwandlung befindet. Die seit dem Tode Stalins eingetretenen Veränderungen rufen bei den Sowjetbürgern noch immer Staunen und Entzücken hervor. Sie sprechen heute ganz frei über die ‚schlechten Zeiten', womit sie die Periode zwischen 1948

und 1953 meinen. Wenn man sie fragt, was dieser Zeitabschnitt für sie bedeutet habe, so kommt die Antwort, daß damals niemand seine Meinung zu äußern gewagt habe, daß jedes mitmenschliche Vertrauen fehlte, daß der ungerechte und unvorhersehbare Terror jeden ergreifen konnte... Der Abscheu vor dem Personenkult und vor der allmächtigen Geheimpolizei kommt aus der Tiefe des Herzens...

Hinter der Redewendung von den ‚schlechten Zeiten' steht die durchaus zutreffende Ansicht, daß die Zeiten heute tatsächlich sehr viel besser seien. Man hört nur noch sehr selten von Verhaftungen mitten in der Nacht. Die Befugnisse der Geheimpolizei sind weitgehend eingeschränkt worden. Ueberall auf den Straßen Moskaus stößt man auf Menschen, die aus der Verbannung und den Arbeitslagern Sibiriens in ihre Heimat zurückgekehrt sind... Mehr noch, Chruschtschew hat nach der Ausschaltung Malenkows dessen Wirtschaftsprogramm übernommen, und so standen die letzten zwei Jahre im Zeichen größter Bemühungen um die Hebung des Lebensstandards und der allgemeinen Wohlfahrt. Der Reisende wird, ob er will oder nicht, beeindruckt von der Vielzahl und dem Ueberfluß — wenn auch nicht notwendigerweise von der Qualität — der in den Warenhäusern der Großstädte zum Verkauf ausgestellten Konsumgüter.

Zu keiner Zeit seit der Revolution haben sich die Sowjetbürger so frei und wohlhabend gefühlt... Der Sowjetbürger bekommt zum erstenmal ein Gefühl für das Normale, für seine ‚Rechte' — sowohl in Hinsicht auf die persönliche Sicherheit wie auf die materielle Wohlfahrt...»

Im Schlußkapitel, das Schlesinger «Keine Liberalisierung ohne Entspannung» überschreibt, lesen wir u. a.: «Die Ruhelosigkeit der Jugend ist meiner Ansicht nach eine große Hoffnung für die evolutionäre Entwicklung der Sowjetunion.» Und dann sagt er abschließend:

«Sowohl der Ostblock als auch der Westen haben es sich bisher zu leicht gemacht, die Welt einfach in ein ‚demokratisches' oder ‚kapitalistisches' und ein ‚sozialistisches' oder ‚kommunistisches' Lager aufzuteilen... Wir haben uns dem Mystizismus des Entwederoder unterworfen, obwohl es heute in erster Linie darauf ankommt, den Fanatismus der Abstraktionen abzuwerfen und den empirischen Realitäten des Lebens größere Aufmerksamkeiten zu schenken...

Für die Zukunft stellt sich also die Frage, ob eine vernünftige westliche Politik zu einer Evolution der Sowjetunion nach polnischem oder jugoslawischem Vorbild beitragen kann oder ob die in Rußland heute noch vorherrschende Tradition der Unfehlbarkeit so fest verankert ist, daß die sowjetische Führung sich nicht von ihrer ideologischen Paranoia befreien kann. Heute ist die Sowjetunion noch ‚vom Erfolgstaumel befallen'. Bleibt der Westen jedoch stark und der Frieden für eine lange Periode erhalten, so wäre es denkbar, daß die schwachen, auf die Dauer jedoch unüberwindlichen Kräfte des normalen Menschentums sich durchsetzen werden.»

Wahnsinn des Wettrüstens

In der Februarausgabe der vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Zeitschrift «*Der deutsche Beamte*» veröffentlicht *Günter Pehl* eine außerordentlich gründliche Analyse der Belastung des Budgets der Bundesrepublik Deutschland durch die Aufrüstung. Diese Untersuchung hat aus zwei Gründen besondere Bedeutung: einerseits, weil in Zukunft laut Beschluß des westdeutschen Verteidigungsausschusses der Aufwand für die Rüstungen nur noch in großen Globalsummen ausgewiesen werden soll, «um damit einen höheren Geheimhaltungsschutz zu erreichen» — so daß dann eine exakte Durchleuchtung der Rüstungsausgaben gar nicht mehr möglich sein wird. Andererseits auch deshalb, weil die westdeutschen Rüstungsausgaben nur ein Beispiel für den volkswirtschaftlichen Wahnsinn des allgemeinen Wettrüstens sind; mit Recht betont Pehl: «Ueberall in der Welt werden heute Riesenbeträge für Zerstörungsmittel ausgegeben, die nach wenigen Jahren bereits veraltet sind

und durch moderne und noch teurere Waffen ersetzt werden. Der Wettstreit um die größtmögliche Vergeudung volkswirtschaftlicher Produktivkräfte ist in vollem Gange. Nicht zuletzt deshalb sollte jede Möglichkeit begrüßt werden, die zu einer politischen Entspannung und allgemeinen Abrüstung führen kann.»

Für die Bundesrepublik konstatiert Pehl zunächst, daß seit Beginn der Aufstellung der Bundeswehr (1955) mehr als 25 Milliarden Mark für die Bundeswehr ausgegeben wurden. In den folgenden Jahren werden es jährlich mehr als 10 Milliarden sein — wahrscheinlich binnen kurzem wesentlich mehr als 10 Milliarden Mark. Hinzu kommen die Ausgaben für die Beschaffung von Rüstungsmaterial und für die Errichtung von Rüstungsbauten; allein die Aufwendungen für die bis jetzt vorgesehenen Beschaffungs- und Bauprogramme werden rund 45 Milliarden Mark betragen. Außerdem ist noch offen, wie viel die Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen und atomarem Gerät insgesamt kosten wird. Wörtlich sagt Pehl:

«Im vergangenen Jahr ist mit der Aufstellung der ersten Raketeneinheiten begonnen worden. Das ist ein Schritt, der nicht nur politisch gefährlich werden, sondern auch finanziell ins Uferlose führen kann.»

Sehr anschaulich zeigt Günter Pehl an einzelnen Beispielen wie kostspielig modernes Rüstungsgerät ist. Ein Schützenpanzerwagen kostet ungefähr 250 000 Mark — die Bundeswehr benötigt davon 5000 bis 6000! Ein Panzer kostet über 500 000 Mark — der Bedarf der Bundeswehr liegt zwischen 2000 und 3000 Stück! Jedes der im Bau befindlichen 6 Geleitboote kostet 50 Millionen Mark, jedes der 40 Schnellboote 7 Millionen Mark, jedes der 12 bestellten U-Boote etwa 17 Millionen Mark, jedes der 630 bewilligten Jagdflugzeuge 5,73 Millionen Mark usw. Besonders einleuchtend sind die Gegenüberstellungen, die Pehl macht: ein Panzer kostet 500 000 Mark, eine Wohnung nur 26 000 Mark — aber es fehlen immer noch Millionen Wohnungen! Ein Zerstörer kostet 100 Millionen Mark; schon für 16 Millionen Mark kann man ein Krankenhaus bauen — aber für Zehntausende von Kranken fehlen die Betten. Man muß sich ernstlich fragen, wie die Bundesrepublik oder irgendein anderes Land den dringendsten sozialen Verpflichtungen nachkommen will, solange dieses Wettrüsten anhält und sich automatisch immer weiter steigert.

Ist die Konjunktur überhitzt?

«Ist die Konjunktur überhitzt oder die Diskussion über sie und ihre Bekämpfung?», fragt Dr. *Walter Trautmann* im «*Volkswirt*» (Nr. 3) in einem Aufsatz, in dem er die «Fehlsteuerungen der öffentlichen Meinung über die Politik des wirtschaftlichen Gleichgewichts» beklagt: «Immer neue Vorschläge werden debattiert, um Gesamtnachfrage und Beschäftigung auf ein gesünderes Maß zurückzuführen. Wann wird man einsehen, daß die allzuweit gesteckten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele den ständigen Kampf um das wirtschaftliche Gleichgewicht erforderlich machen und die normale Lage immer nur eine Ausnahme sein kann? Ein ausreichendes wirtschaftspolitisches Instrumentarium ist für die Fälle zu schaffen, wo die Selbstregulierungskräfte versagen. Auch wenn man die Notenbank als vierte Gewalt anerkennt, darf man sich nicht darüber täuschen, daß ihr relativ gut ausgestattetes Waffenarsenal nicht ausreicht, eine Politik des wirtschaftlichen Gleichgewichts zu betreiben.»

Des weiteren konstatiert Dr. Trautmann, daß «im Instrumentenkasten keine Ordnung» herrsche und daß «die Abstimmung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums auf die jeweiligen sachlichen und vor allem zeitlichen Erfordernisse» fehle: «Selbstverständlich ist es gegenwärtig erforderlich, die Konjunktur etwas zu dämpfen, aber man sollte doch vorsichtiger sein, ständig neue Gefahren an die Wand zu malen. Wenn ein Gratwanderer nervös gemacht wird, gerät er schließlich in Gefahr, abzustürzen... Wer die Anwendung der Instrumente zur Ausbalancierung nicht wünscht, sollte weniger fordern, also entweder auf Voll-

beschäftigung und starkes Wachstum verzichten oder auf Geldwertstabilität. Solange die therapeutischen Mittel noch nicht erprobt, ja zum Teil nicht einmal bekannt sind, die der veränderten Konstitution der modernen Wirtschaft im Wohlfahrtsstaat entsprechen, wird man mit den bereits bekannten Mitteln vorliebnehmen müssen, auch wenn man weiß, daß sie nicht in allen Fällen mehr die gleiche Wirkung haben können wie früher.»

In Nr. 4 der Wirtschafts- und Finanzzeitung «*Der Volkswirt*» wendet sich dann Dr. *Ludwig Schröder* gegen das Schlagwort von der «antizyklischen Finanzpolitik»: «Zu einer antizyklischen Finanzpolitik fehlen im Augenblick wesentliche Voraussetzungen... Unser Haushaltsrecht stammt noch aus jener schönen Zeit, als die staatliche Finanzpolitik nahezu ausschließlich auf die Befriedigung der Verwaltungsbedürfnisse der öffentlichen Hand abgestellt war. Inzwischen sind Entwicklungen eingetreten, die dazu zwingen, es den Erfordernissen der modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik anzupassen, insbesondere dem Finanzminister ein Instrument in die Hand zu geben, das ihn auch zu einer konjunkturbeeinflussenden Finanzpolitik befähigt und ermächtigt. Solange das nicht geschieht, solange die Starrheit der Haushalte nicht gebrochen wird, kann die antizyklische Finanzpolitik nicht zur Realität werden.»

Walter Fabian, Zürich.

« *Gewerkschaftliche Rundschau* », Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 5 56 66, Postcheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 6.—. Einzelhefte Fr. 1.25. Druck: Unionsdruckerei Bern.